

## Thomas Dehler: Zur Großen Koalition, 1966

(...)

Ein ganz kurzer Rückblick: Die Weimarer Zeit begann mit starken liberalen Impulsen. Die Weimarer Verfassung war erfüllt von dem Geiste ausgezeichneter liberaler Männer und Frauen. Und die Entwicklung war dann ein Rückgang dieser liberalen Haltung, des liberalen Bewußtseins, der liberalen Partei, auch als Folge eines bitterbösen Kampfes gegen die Liberalität von kirchlicher Seite, nicht zuletzt von katholischer Seite, die im Liberalen etwas Liberalistisch-Atheistisches sah, und von sozialistischer Seite, die im Liberalen das Liberalistisch-Manchesterliche sah. So ist die politische Substanz unseres Volkes am Ende verkümmert, so wurde der Weg zum schauerlichen Abenteuer gebahnt, mit schlimmen Folgen für unser Volk und für die Welt.

Darum ist die augenblickliche Situation nach meiner Meinung so sehr charakterisiert durch die Erklärung der Regierung zum Wahlrecht. Es ist für mich besonders beklemmend, daß eine Regierungserklärung die Frage des Wahlrechts an die Spitze ihres Programms stellt. Wie sonderbar! Man will mit einem manipulierten Wahlrecht die Partei, die sich der Liberalität, der geistigen, politischen, wirtschaftlichen und nationalen Freiheit verpflichtet hat, erledigen. Noch einmal: Wir haben das stolze Gefühl, daß wir die unverlierbaren geistigen und seelischen Kräfte hüten, denen Europa als Vollendung von dreitausend Jahren Geschichte seine kulturelle, seine politische, seine wirtschaftliche Entwicklung verdankt. Es ist unsere Überzeugung, daß das, was wir vertreten, nach wie vor die bestimmende, fruchtbare Leitvorstellung unserer Zeit ist

*(Beifall bei der FDP)*

und daß das, was die beiden Parteien vertreten, die sich hier jetzt zusammengefunden haben, der Versuch der christlichen Demokratie, der Versuch der sozialistischen Demokratie – wenn ich es ein klein wenig leitbildmäßig ausdrücke –, zwar in Deutschland entstanden ist, aber, wie ich meine, eine Fehlentwicklung war und ist. Und durch die Kumulation von Leitbildern, die – so sagte es ja Herr Kollege Barzel – nicht kongruent sind, entsteht nichts Positives; im Gegenteil, damit wird die Fehlentwicklung, das Fehlerhafte kumuliert.

*(Zuruf von der CDU/CSU: Aber Sie haben bei dieser Ehe Pate gestanden!)*

– Ach nein, meinen Segen hat sie nicht gehabt. Ganz im Gegenteil! Auch wenn ich mir überlege, was heute gesagt worden ist, muß ich feststellen: Die Lösung, die ich angestrebt habe als bittere Konsequenz dessen, was geschehen war, die Koalition mit der SPD, wäre als Alternative, als Weg zum Lebendigmachen unserer Demokratie die bessere gewesen. Denn hier wird nichts Neues geboten, das

ist kein neuer Anfang, sondern das ist fast im Gegenteil eine Steigerung passiver Ergebnisse der Entwicklung. Das ist meine Sorge. Noch ein Wort zum Wahlrecht! Herr Kollege Schmidt, Sie meinen, wir, die FDP, hätten bisher gewissermaßen unsere Aufgabe darin gesehen, zu verhindern, daß Sie, die SPD, zum Zuge gekommen seien. Nein, so einfach ist das wirklich nicht. 1949 waren Sie nicht koalitionswürdig. Verzeihen Sie! Das gilt nicht für die gesamte politische Haltung. Das, was Kurt Schumacher damals hier vertreten hat – Erich Ollenhauer hat es, das ist meine Überzeugung, vorzüglich fortgesetzt – war die richtige Außenpolitik; von mir etwas später erst erkannt. Das war das Außenpolitische. Ich sage vielleicht richtiger: vielleicht hätte es bestimmend sein sollen. Was Sie staatspolitisch wollen, stimmt doch weitgehend mit dem überein, was wir wollen. Aber Kurt Schumacher hat damals, gerade in jener Zeit, auch erklärt: „Die deutsche Demokratie wird entweder sozialistisch sein, oder sie wird nicht sein.“ Und sie durfte nicht sozialistisch sein. Denn dann wäre in dem Raum, in dem politisches Handeln möglich war, in der Bundesrepublik, eben der wirtschaftliche Aufstieg nicht möglich gewesen. Darf ich daran erinnern, wie das, was wir zusammen mit Ludwig Erhard – *(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch albern!)*

– Nun, das dürfen Sie nicht sagen, daß das albern sei.

Das ist keine faire Kritik. Ich glaube, es ist richtig, was ich sage.

*(Zuruf von der CDU/CSU: Sie glauben!)*

– Ich glaube auch, was ich sage; selbstverständlich! Sonst wäre ich nicht da. – Das, was wir in Frankfurt mit Ludwig Erhard geschaffen haben, die Marktwirtschaft, die liberale Marktwirtschaft

*(Zurufe von der CDU/CSU: Soziale!)*

die liberale! Es gibt ja doch nur eine.

*(Zuruf von der CDU/CSU: Nein, nein!)*

Die soziale Marktwirtschaft ist ja doch leider – aus den Ausführungen des Kollegen Bauer klang das wieder hervor – von vornherein der Versuch einer Exkulpation, der Versuch, sich von den ehernen Gesetzen des Marktes zu lösen. Wie hat Herr Kollege Bauer gesagt – sehr interessant! – „Soziale“ Marktwirtschaft, mit den notwendigen Angleichungen an die Forderungen des Tages. Nein! Die Marktwirtschaft ist eben immer das Richtige. Aber ich komme noch darauf zurück. – Nein, damals waren Sie nicht koalitionswürdig, Herr Kollege Schmidt, weil Sie wirtschaftspolitische Auffassungen vertreten haben, die zum Unheil für das deutsche Volk, auch für die deutschen Arbeiter, geworden wären.

*(Beifall bei der FDP. – Abg. Dr. Schäfer: Woher wissen Sie denn das?)*

(...)

Zu den wirtschaftlichen Dingen habe ich schon eine Reihe von Tatsachen gesagt. Vielleicht noch ein Wort über die staatspolitischen Fragen, die besonders auch Helmut Schmidt angeschnitten hat und die ich durchaus unterstütze.

Ich bin nur skeptisch, Herr Schmidt, daß die Demokratie in unserem Volke, ich glaube, Sie sagten: verankert oder tief verwurzelt sei. Ich glaube es nicht.

*(Abg. Schmidt [Hamburg]: Fester als vor einer Generation!)*

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu den Wahlen. Wenn die Menschen am Ende über die Gewerkschaft sozialdemokratisch wählen, wenn die Berufsverbände für den Menschen auch bei seiner politischen Bildung im Vordergrund stehen und wenn ein anderer Teil unseres Volkes, und kein unbeträchtlicher, für seine politische Entscheidung über das Bekenntnis zur Kirche und seiner Konfession stimmt, wächst kein Staatsgefühl. Noch einmal: Wenn es keine Liberalität gibt, wenn es keine wirksame liberale Kraft gibt, wird dieser Staat Schaden nehmen.

*(Abg. Dr. Dittrich: Aber was hat das mit dem Staatsgefühl zu tun?)*

Wir werden selbstverständlich eine klare, ich hoffe auch arbeitsame Opposition zu führen versuchen. Am Ende – das gibt uns das Recht zur Opposition, dann zur harten Opposition – werden wir das Maß setzen. Auf das, was wir wollen – nationalpolitisch, staatspolitisch, wirtschaftspolitisch – kommt es an. Noch einmal: Wir sind die Hüter der richtigen Gedanken.

*(Beifall bei der FDP. – Lachen bei der CDU/CSU.)*

Es gibt für das politische Leben unseres Volkes kein höheres Gesetz als das, was in den Grundsätzen der Liberalen niedergelegt ist: die geistige, die politische und die nationale Freiheit. Ob Sie ihnen entsprechen, Herr Bundeskanzler, danach werden wir Sie und die Bundesregierung messen.

*(Lebhafter Beifall bei der FDP.)*

Quelle: Thomas Dehler, Bundestagsreden, Bonn 1973, S. 293ff, 306f